

Geopolitik

Kein Spielraum für Kriege

MICHAEL MAIER

Die Ergebnisse des G7-Gipfels sind im Hinblick auf das Treffen von US-Präsident Joe Biden mit seinem russischen Kollegen Wladimir Putin von Bedeutung: Russland ist, anders als unter Trump, zumindest offiziell nicht mehr das Feindbild Nummer 1. Das mag auch daran liegen, dass sich Biden, anders als Trump, nicht mehr als Gegner Russlands positionieren muss: Seit seinem Einsatz als Vizepräsident im Zug der Ukraine-Krise ist klar, dass Biden ein Hardliner ist. Auch verbal sieht er sich in der Tradition von John McCain, so etwa, als er vor einiger Zeit von einem Reporter gedrängt, Putin als Mörder bezeichnete. Putin selbst sagte am Sonntag in einem exklusiven NBC-Interview, dass solche Umgangsformen zu den „Hollywood“-Traditionen gehören – auch wenn dergleichen in Russland nicht üblich sei. Die russischen Staatsmedien ziehen im Vorfeld des russisch-amerikanischen Gipfels in Genf historische Parallelen: Wann immer ein US-Präsident ein Kalter Krieger gewesen sei, habe es konkrete Ergebnisse in der Zusammenarbeit gegeben.

Es wird sich zeigen, ob dies auch für Biden und sein Team gilt. Die Amerikaner haben jedenfalls mit China das größere Problem: Peking strebt nach globaler Hegemonie und hat mit der Neuen Seidenstraße vor allem in Asien, Afrika und Europa Pflöcke eingeschlagen. Während Washington noch in Moskau nach Söldnern über Trump suchte, hat Peking Fakten geschaffen. Jetzt brauchen die Amerikaner die Russen, die ihrerseits auch keine Freude mit den starken Chinesen haben. Washington, Moskau und Peking sind wiederum vereint in dem Bemühen, einen Ausweg aus der globalen Schuldenkrise zu finden. Wegen der Pandemie sind allen die Hände gebunden. Große Sprünge kann sich keiner leisten, hoffentlich auch keine großen Kriege.

Kellner-Mangel

Quittung für die Wirte

JOCHEN KNOBLACH

Ja, es ist tragisch: Da dürfen Berlins Wirte endlich wieder ihrem Geschäft nachgehen, Gäste empfangen, sie bedienen und schon steht die Branche vor einem neuen Problem. Der Gastronomie fehlt das Personal. Etliche Kellner und Köche wurden während der Lockdowns entlassen, Tausende Mini-Jobber eilig vor die Tür gesetzt, kaum dass die Restaurantschließungen erlassen wurden. Die meisten Beschäftigten sind allerdings freiwillig gegangen, weil das auf dem ohnehin knappen Gastro-Lohn basierende Kurzarbeitergeld nicht zum Leben reichte und ihnen darüber hinaus noch das Trinkgeld als feste Einkommensgröße fehlte.

Wer nicht Hartz-IV-Leistungen beantragen wollte, hat sich einen neuen Job gesucht und mitunter eine andere Welt kennengelernt. So mancher hat da erfahren, dass er anderswo auch nicht schlechter bezahlt wird, aber dafür nicht an jedem Wochenende und oft bis nach Mitternacht arbeiten muss und sogar noch einen Vorgesetzten hat, dem man eine gewisse Sozialkompetenz attestieren kann. Wenn nun also die Wenigsten aus ihrem pandemiebedingten Branchenwechsel in die Restaurants, Bars und Cafés zurückkehren wollen, dann ist das natürlich auch ein Beleg dafür, dass im hiesigen Gastgewerbe schon vor Corona einiges im Argen lag. Viele wollen sich nicht länger schlecht bezahlen und behandeln lassen.

Es ist eine Abwanderung, an der sich deutlich ablesen lässt, in welchen Betrieben schlechte Bezahlung stets zum wackeligen Geschäftsmodell gehörte. Es sind natürlich nicht alle, aber viele. Zwei von drei Beschäftigten in der Gastronomie bekommen Niedriglohn, also weniger als zwei Drittel des mittleren Werts der Löhne in Deutschland. Zudem werden Mindestlöhne regelmäßig umgangen. Dafür bringt die Bedienung nun den Wirten die Rechnung. Fällig war sie schon lange.



Generationswechsel beim G7-Gipfel

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Dieinhalb Millionen Menschen leben in Berlin, die muss man erst mal satt kriegen. Schnitzel und Kartoffeln, Fenchel und Kohlrabi, Äpfel und Birnen und was die Menschen eben alles gerne essen – es muss irgendwo herkommen. Am besten, das haben wir inzwischen gelernt, aus der näheren Umgebung. Es trifft sich gut, dass Berlin von so viel Gegend umgeben ist, wo fleißige Bauern mit großen Maschinen ackern. Müsste doch für alle reichen, oder?

Kurzer Blick in die Statistik – taufrisch ist sie nicht, dennoch interessant. Ganz ordentlich ist es bei der Milch, Brandenburgs Kühe teilen sie großzügig mit uns und decken 80 Prozent des regionalen Bedarfs. Aber da geht doch bestimmt noch mehr, etwa bei der preußischsten aller Knollen, der Kartoffel? Nö, bescheidene 25 Prozent stammen aus der Mark. Und leckere Möhrchen und Äpfel? Reden wir nicht drüber, sie reichen für weniger als zehn Prozent des Appetits. Warum ist das so? Es liegt teilweise an den Böden. Es liegt daran, dass in Brandenburg große Agrarbetriebe mit wenigen Mitarbeitern und vielen Maschinen dominieren – Gemüse und dergleichen machen aber viel Arbeit. Es liegt aber auch an etwas, was sich ändern ließe, nämlich an den Verhältnissen, genauer: an der Agrarpolitik. Am vergangenen Donnerstag hat der Bundestag beschlossen, wie die Bundesrepublik in den Jahren bis 2027 die Fördermilliarden verteilen wird, die aus der EU hierher fließen. Es geht um sechs Milliarden Euro pro Jahr, etwa 280 Euro pro Hektar. Etwa ein Sechstel des Einkommens in der Landwirtschaft sind Staatsknete.

Die gute Nachricht ist: Mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr sind künftig dafür reserviert, dass die Landwirte Umweltauflagen erbringen. Zum Beispiel, indem sie Blühstreifen am Maisfeldrand anlegen oder auf Unkraut- und Insektenvernichter verzichten. Zumindest in kleinem Maßstab ist das ein Systemwechsel. Die Subventionen fließen nicht mehr wie bisher völlig undifferenziert. Sie sind stattdessen geknüpft an Leistungen für das Gemeinwohl. Wie bitter nötig sie sind, das weiß jeder, der im Sommer entlang eines ostdeutschen LPG-Ackers geradelt ist. Da summt nichts, da zwitschert nichts, es ist totes Land. Die weniger gute Nachricht ist: ein Systemwechsel in kleinem Maßstab hätte eigentlich schon vor zehn, fünfzehn Jahren erfolgen müssen. Ist er aber nicht, umso größer ist heute der Handlungsdruck. Es ist wie mit der Klimapolitik, mit der die Agrarpolitik ja auch eng verwoben ist.

Zurück nach Brandenburg: Wie lässt sich denn nun erklären, dass die brandenburgischen Landwirte mit Berlin zwar einen riesigen Absatzmarkt in ihrer Mitte haben – diesen aber einfach nicht beliefern? Ein wesentlicher Faktor sind die fehlenden Anreize in der Förderpolitik – und die werden mehrheitlich fortbestehen. Auch in den nächsten

Neue Agrarpolitik

Ein erster kleiner Schritt



FREDERIK BOMBOSCH

Zurück nach Brandenburg: Wie lässt sich denn nun erklären, dass die brandenburgischen Landwirte mit Berlin zwar einen riesigen Absatzmarkt in ihrer Mitte haben – diesen aber einfach nicht beliefern? Ein wesentlicher Faktor sind die fehlenden Anreize in der Förderpolitik – und die werden mehrheitlich fortbestehen. Auch in den nächsten

Dezember 2020 gestorben. Wenn Ruhe einkehrt, denke ich an ihn, sehe ihn an der Schwelle meiner Haustür stehen, wo ich mich im Zuge meines Umzuges Ende September von ihm verabschiedete, wo ich ihn das allerletzte Mal sah. Sehe ihn in einem imaginären Krankenbett liegen, umgeben von Monitoren. Ich erkenne ihn in meinen weißen Gardinen, die er für mich aufhänge, in meinem Schrank, den ich mit ihm aufbaute. Ich führe in meinem Kopf Gespräche mit ihm, höre seine Stimme in meinen Ohren, bilde mir laut piepende Medizingeräte ein. Verfluche die Stille. Und wünsche mir in solchen Momenten nichts sehnlischer als meine laute, nervige, türkische Familie, die sich rund um meinen schlafenden Papa im Wohnzimmer stritt, der immer friedlich durchschliefe, und immer nur aufwachte, wenn der Fernseher ausgeschaltet wurde.

Wenn ich mich nicht konzentrieren muss, also nicht arbeite, kein Buch oder keine Zeitschrift lese, muss ich irgendwas einschalten. Eine Serie auf meinem Laptop, die ich nebenbei laufen lasse, und den Schauspielerinnen und Schauspieler lausche. Musik oder Podcasts, wenn ich koche, putze. Es ist fast wie ein formelles Ritual, das ich, bis kurz vorm Einschlafen, durchziehe. Jeden Tag. Jede Nacht. Die Ruhe, die ich mir so lange herbeiwünschte, ist heute mein Feind, den ich mit Stimmen, Klängen, einem grellen Bildschirm oder Seiten voller Wörter zu vertreiben versuche.

Kolumne

Diese verfluchte neue Stille

MIRAY CALISKAN

Es war also nie wirklich still, in dieser Wohnung, die ohnehin durch ihre Lage umgeben war von Polizeisirenen, betrunkenen, grölenden Jugendlichen und aufgepimpten, lauten Autos. Die Caliskans lieben und hassen sich von Zeit zu Zeit, so wie es wahrscheinlich in allen Familien der Fall ist.

Die Ruhe, die ich mir in Mannheim gefühlt mein ganzes Leben lang ersehnte, habe ich in der Hauptstadt, in meiner eigenen Wohnung, finden können – und würde sie am liebsten für immer aus meinem Leben verdammen. Mein Papa ist kurze Zeit, nachdem ich umgezogen bin, schwer an Sars-CoV-2 erkrankt und nach vier Wochen auf der Intensivstation am Morgen des 4.

Zitat

„Als Frau über 50 darf man durchaus schön sein. Man darf elegant sein, attraktiv, anziehend, auch cool. Aber was eine Frau über 50 nicht sein darf: sexy. Das wird abgestraft.“

Paulina Poriskova, in den 80er-Jahren eines der bestbezahlten Models der Welt, in der Süddeutschen Zeitung über das Älterwerden

Auslese

Westen muss Stärke zeigen

Die G7 wollen den wachsenden Einfluss Chinas in der Welt bremsen. Dazu meint die Londoner *Sunday Times*: „Zu lange hat der Westen Chinas Menschenrechtsverletzungen und sein inakzeptables Verhalten in Hongkong und anderswo geduldet. Die Welt war nur zu bereit, China in die Gemeinschaft aufzunehmen und sich seiner wachsenden wirtschaftlichen Macht zu beugen. Es gab keine angemessene westliche Antwort auf Chinas imperialistische Ambitionen mit der Neuen Seidenstraße und seiner offensiven Impfdiplomatie. US-Präsident Joe Biden ist entschlossen, den Entwicklungsländern mit einer Infrastruktur-Offensive und Impfstoffen eine demokratische, kapitalistische Alternative zu China zu bieten. Die G7-Staaten stehen hinter ihm.“ Aber es sei wichtig, dass dieses Engagement von einer Position der westlichen Einheit und Stärke erfolge.

Die *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag* schreibt: „Endlich sind die führenden westlichen Industriestaaten erwacht. Sie machen sich daran, dem wachsenden Einfluss der Volksrepublik China in der Welt etwas entgegenzusetzen. Allerdings ist zu befürchten, dass die Dringlichkeit noch nicht von allen G7-Mitgliedern – und anderen westlichen Staaten, vor allem in Europa – wirklich erkannt wird. Ein Zeichen dafür ist der Plan, 2,3 Milliarden Corona-Impfdosen bis Ende 2022 zu spenden und so auch Chinas erfolgreicher Impfdiplomatie zu begegnen.“ Man müsse aber weit mehr tun. Denn es brauche 8 bis 12 Milliarden Dosen, um all die Länder ausreichend zu versorgen, die kaum an Impfstoff gekommen seien. (f.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÜRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier
 Textchefin: Bettina Cossack (V.i.S.d.P.)
 Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Müller
 Reporter: Ruth Schneeberger, Jan Schmidt
 Dossier: Anja Reich, Sabine Rensfanz
 Ressorts
 Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
 Welt & Nationen: Dr. Michael Maier
 Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne
 Kultur: Harry Nutt
 Lernen & Arbeiten: Eva Corino
 Gesundheit & Leben: Ruth Schneeberger
 Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzhold
 News: Philippa DeJonge
 Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.
 Chief Print: Ingo Pfeiffer
 Chefin Art Direction: Stephanie Franziska Scholz
 Print Art Direction: Annette Tiedge
 Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse
 Leserservice Redaktion: +49 30 63 33 11-457
 E-Mail: leser-biz@berlinerzeitung.de
 Redaktion: Berliner Newsroom GmbH
 Geschäftsführung Berliner Newsroom GmbH:
 Dr. Mirko Schiefelbein (Vorstand), Tobias Müller, Jan Schmidt
 Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Verlag: Berliner Verlag GmbH
 Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein (Vorstand), Holger Friedrich
 Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-53 33
 Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich
 Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
 Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
 E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de
 Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de
 Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.
 Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,
 Geschäftsführung: Steffen Heimschrott, Holger Friedrich
 Am Wasserturm 11, 10365 Berlin,
 Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de

Leserservice-Ab: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de
 Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung wöchentlich Mo-Fr
 sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.
 Mit dem Digital-Ab der Berliner Zeitung erhalten Sie
 jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
 Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer
 Internetseite abshop.berliner-zeitung.de
 Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht
 kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
 Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.
 Für unverlangt eingesandene Manuskripte oder Fotomaterial wird
 keine Haftung übernommen.
 Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informations-
 gesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.